

Frauen, hört die Signale!



Das ist Dr. Maren Jasper-Winter, seit 2016 Mitglied der FDP-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin, davor war sie seit 2008 Bezirksverordnete in Mitte. Sie wurde 1977 in Münster geboren. Sie wohnt seit 1998 in Berlin. Mit der Arbeit „Finanzierung der Stilllegung von Kernkraftwerken“ hat sie promoviert.

Am Freitag, dem 8. März, kann sie mit ihrem Mann und Sohn einen Ausflug nach Brandenburg zum Shoppen machen. Das B5-Center in Wustermark kann ich für diesen Ausflug nur wärmstens empfehlen. Was Frau Dr. Jasper-Winter, die frauenpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, allerdings vom 8. März, der ab heute neuer gesetzlicher Feiertag in Berlin ist, hält, hat sie in einer Pressemitteilung kundgetan.

„Die Freien Demokraten sind grundsätzlich gegen einen zusätzlichen Feiertag in Berlin. Er ist nicht nur teuer für die Wirtschaft, sondern auch billige Symbolpolitik. Ein Feiertag, am Internationale Frauentag, hilft keiner Frauen in ihrer Lebenssituation. Wir sollten uns lieber um die wirklichen Probleme dieser Stadt kümmern: Lösung der Wohnungsmisere, Bekämpfung des Mangels an Kitaplätzen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das Verwaltungsdesaster und die Verkehrsprobleme. Damit wären allen in der Hauptstadt geholfen.“

An dieser Stelle könnten wir eigentlich den Artikel beenden, drücken doch die Worte von MJW genau das aus, was auch unsere Meinung zu diesem Thema ist. Korrekt, wie wir nun mal sind, lassen wir natürlich auch die Initiatorin des neuen Feiertags zu Wort kommen.

Zuvor aber ein kleiner Rückblick. Ein Landesparteitag der Berliner SPD hatte im November 2018 den Beschluss gefasst, den Internationalen Frauentag in Berlin zu einem Feiertag zu erklären und überrumpelte damit die Koalitionsfraktionen aus Grünen und LINKEN, die sich auch einen anderen Tag hätten vorstellen können. Wenn es der Politik mit der Gleichstellung so ernst wie gewünscht wäre, müssten wir heute nicht mehr darüber reden. In 70 Jahren Bundesrepublik ist vieles erreicht worden, aber noch

immer kein Gleichstand zwischen Frauen und Männern. Daran wird der zum Feiertag erhobene 8. März auch nichts ändern. Ein Feiertag sollte einen Bezug zu der Region, Stadt, Land haben, wo er begangen wird. Gerade in Berlin böten sich dafür historisch bedeutendere Tage an. Die SPD hat dem Weltfrauentag keinen Gefallen getan, ihn jetzt im Berliner Kalender rot zu markieren.



Und das ist Iris Spranger. Sie ist einen Monat nach dem Bau der Mauer 1961 in Halle an der Saale zur Welt gekommen und ist seit 1999 Mitglied der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus mit Unterbrechung von 2006 bis 2011, als sie Staatssekretärin für Finanzen

war. Sie ist Sprecherin für Bauen, Wohnen, Mieten. Zum heutigen Beschluss, den 8. März als einen offiziellen Feiertag einzuführen, erklärt sie in ihrer Eigenschaft als stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Berlin: „Der Beschluss, als erstes Bundesland den Internationalen Frauentag als Feiertag einzuführen, ist auch ein **politisches Signal**. Nur 30,7 Prozent der Abgeordneten im Bundestag sind Frauen. Das müssen wir gemeinsam ändern und daran erinnern, dass wir von einer echten Gleichstellung immer noch weit entfernt sind.“ Welches politische Signal geht von dem neuen Feiertag für Berlin aus? Werden hier die Frauenrechte nicht ernst genug genommen?

Nach einer Tagesspiegel-Umfrage sind nur 34 Prozent der Berliner für den 8. März als Feiertag, 50 Prozent sind dagegen. Das wäre doch mal wieder ein Anlass für eine Volksabstimmung.

„Willkommen im Club“ lautete die Überschrift unseres Newsletters vom 22.11.2018. Den ersten Absatz hat sich einer unserer Leser ausgeschnitten und führt den Text seitdem in seiner Brieftasche mit sich. Als Abschreckung. Und deshalb endet dieser Artikel mit dem Anfang des Newsletters aus dem November 2018. Zum Ausschneiden:

„Was haben Angola, Armenien, Aserbaidschan, Burkina Faso, Eritrea, Georgien, Guinea-Bissau, Kasachstan, Kambodscha, Kirgisistan, Kuba, Laos, Madagaskar, Moldau, die Mongolei, Nordkorea, Nepal, Russland, Sambia, Tadschikistan, Turkmenistan, Uganda, die Ukraine, Usbekistan, Vietnam und Weißrussland mit Berlin gemeinsam?“

Das freie Berlin im Bunde mit den lupenreinsten Demokratien dieser Welt. Danke SPD. **Ed Koch**